

DIESE GRÜNEN!



NAHVERKEHR NEU DENKEN: DAS SOLIDARISCHE BÜRGERTICKET

■ DISKUSSION ÜBER EIN FINANZIERUNGSTRUMENT FÜR DEN ÖPNV

Eine Podiumsdiskussion mit großer Publikumsbeteiligung fand am 24.03.15 in den Räumen der Bergischen VHS statt. Veranstaltet wurde sie von dem Bündnis Unsere Stadtwerke, Pro Bahn, VCD (Verkehrsclub Deutschland), BUND, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Kreisverband von DIE LINKE und der Piratenfraktion im Landtag NRW.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand der Vorschlag, in Zukunft ein Bürgerticket einzuführen, das ähnlich dem Semesterticket für Studierende allen Bürger*innen zur Nutzung des ÖPNV zur Verfügung gestellt werden soll.

Gregor Waluga vom Wuppertal Institut führte mit einem Vortrag über die Voraussetzungen und die Machbarkeit der Einführung eines Bürgertickets in die Thematik ein.

Die anschließende Diskussion der Podiumsgäste – Prof. Oscar Reutter (Wuppertal Institut), Rechtsanwältin Irene Schlünder, WSW-Aufsichtsrat-Chef Dietmar Bell und Dezernent Frank Meyer – zeigte, dass das Bürgerticket



Foto: Mathias Kehren

eine Chance hat, wenn einige Hemmnisse überwunden werden können.

Klar gefordert wurde eine breite Bürgerbeteiligung und gesellschaftliche Akzeptanz. Laut einer aktuellen Forsa-Umfrage im Auftrag des Magazins „Stern“ befürworten 48% der Deutschen eine solche Nahverkehrsfinanzierung.

Einig waren sich alle darüber, dass die Finanzierungsprobleme des ÖPNV in naher Zukunft gelöst werden müssen. Ein Bürgerticket kann und wird Verkehr auf den ÖPNV verlagern und damit auch einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Entschieden werden muss, ob die Kosten auf

alle Haushalte, alle Beschäftigten oder alle Einwohner*innen über 18 Jahre verteilt werden.

Fazit der Veranstaltung: Ein Bürgerticket führt zu einem verbesserten ÖPNV, erleichtert den Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn, ist rechtlich machbar, spart Kosten für Fahrgäste und Kommunen, braucht ein kluges Design, das pragmatische Lösungen für Härtefälle wie Pendler*innen, Geringverdienende etc. zulässt und ist ein geeigneter Baustein bei der Transformation der Stadt, damit sie die Anforderungen des 21. Jahrhunderts erfüllen kann. Die Diskussion wird fortgesetzt. Eine Aufzeichnung der Veranstaltung ist unter www.unsere-wsw.de/2015/03/video-nahverkehr-neu-denken-das.html abrufbar.



GUTEN TAG!

Liebe Leser*innen,

Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen streiken, wir beziehen Position und unterstützen ihre Forderungen, haben aber auch erfolgreich Druck gemacht, damit während des Streiks die Elternbeiträge anteilig an die Eltern zurückgezahlt werden.

Wir wollen auch ein freies WLAN in Wuppertal und stellen deshalb den Antrag, Standorte in städtischen Gebäuden einzurichten, um diesem Ziel näherzukommen. Wuppertal macht Remscheid Konkurrenz und plant ein eigenes FOC in der ehemaligen Bundesbahndirektion am Hauptbahnhof. Heiß diskutiert wurde auch das neue Gebührenmodell der Sparkasse. Die Verbraucherzentrale NRW hat für uns eine Einschätzung aus Verbrauchersicht geschrieben.

Mit den besten Wünschen für einen erholsamen Sommer zu Hause oder in der Ferne verabschieden wir uns mit diesen und vielen weiteren Themen, die uns in der Kommunalpolitik beschäftigen.

Ihr Redaktionsteam

STADTRADELN – OHNE WUPPERTAL

■ HUNDERTE KOMMUNEN MACHEN WERBUNG FÜR DAS RADFAHREN, CDU UND SPD WOLLEN DAS NICHT

Die GRÜNE Ratsfraktion stellte für die Ratssitzung den Antrag, die Kampagne Stadtradeln zu unterstützen. Leider konnten sich CDU und SPD nicht dazu durchringen, dass auch in Wuppertal Marketing für das Radeln gemacht werden kann.

„STADTRADELN: Hunderte Kommunen setzen ein Zeichen für mehr Klimaschutz und mehr Radverkehr, denn die STADTRADELN-Idee ist unschlagbar gut. Das gemeinsame Radfahren erlebt in drei Wochen, in denen der Wettbewerb stattfindet, große Aufmerksamkeit in den Kommunen, macht Spaß und überzeugt immer mehr Menschen, tagtäglich und rund um das Jahr zu radeln. Radfahren ist gesund, schnell und sexy,

und nebenbei senken wir noch die Kohlendioxid-Emissionen“, so der Rostocker Senator für Bauen und Umwelt, Holger Matthäus, der gleichzeitig im Vorstand des Klima-Bündnisses ist. Auch Wuppertal gehört diesem Klima-Bündnis seit 1991 an. Der SPD-Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung von Mecklenburg-Vorpommern, Christian Pegel, hat die Kampagne eröffnet und betont, wie wichtig das Thema nachhaltige Mobilität ist.

Diese Erkenntnisse sind in Wuppertal noch nicht angekommen, denn bereits bei der ersten Diskussion des Themas im Verkehrsausschuss wurde deutlich, dass die große Kooperation aus CDU und SPD noch nicht bereit für das Thema ist.



Foto: Mathias Kehren

Mit dem Antrag, der beinhaltet, dass die Stadt Wuppertal im Jahr 2015 für drei Wochen zwischen Mai und September an diesem Projekt teilnimmt, sollten die Mitglieder des Rates und der Ausschüsse ein oder mehrere Teams bilden, um möglichst viele Radkilometer zu sammeln. Zusätzlich sollten natürlich auch die Bürger*innen mitmachen. Wuppertal wird nicht dabei sein, denn im Verkehrsausschuss fühlten sich CDU, SPD und FDP durch folgende Formulierung unter Druck gesetzt: „Mitglieder des Rates oder der Ausschüsse bilden ein oder mehrere Teams, um möglichst viele Radkilometer zu sammeln“. Das wurde als Gängelung, als Druck empfunden, deshalb gab es keine Mehrheit für unseren Antrag.

SEILBAHN FÜRS TAL?

■ EIN NEUER IMPULS FÜR DEN WUPPERTALER NAHVERKEHR

Die Wuppertaler Stadtwerke haben die Wuppertaler*innen während einer Auftaktveranstaltung am 19. Mai über ein neues Seilbahn-Projekt informiert. Diese Seilbahn soll in Zukunft vom Hauptbahnhof südwärts über die Bergische Universität zu den Südhöhen führen und ist ein wichtiger Bestandteil der Strategie Wuppertal 2025.

In Anbetracht der Tatsache, dass unsere Stadt aktuell von Staus, Umleitungen und Baustellen geprägt ist, ist jeder Impuls für den Nahverkehr

extrem wichtig, um die festgefahrene Verkehrssituation in Wuppertal zu beenden.

Laut einer Machbarkeitsstudie der WSW ist diese Seilbahn in Wuppertal technisch und wirtschaftlich realisierbar. Man ist sich jedoch bewusst, dass es „no such thing as a free lunch“ gibt und die Stützen der zukünftigen Seilbahn in erster Linie die Wuppertaler*innen sind. Unsere Stadtwerke und die Stadtverwaltung wollen darum auf Bürger*innenbeteiligung setzen, was als Bewährungsprobe für

Wuppertals ersten Beteiligungs-Dezernenten Panagiotis Paschalis betrachtet werden kann.

Bei der Seilbahn geht es nämlich um die Gesamtmobilität unserer Stadt. Ähnlich wie vor 128 Jahren, als die Elberfelder Stadtverordneten eine „Kommission zur Prüfung des Projektes einer Hochbahn“ wählten, hat sich der Anlass wenig geändert, denn schon damals boten die Straßen der Wuppertalstädte zu wenig Platz, was zu zahlreichen Stauungen führte (und führt!). Man hat zwar ab den 60er Jahren

mittels viel Zerstörungswut versucht, autogerechte Städte zu schaffen, in denen das Auto als primäres Fortbewegungsmittel dienen sollte, dieses Konzept ist aber schon seit Jahrzehnten als vollkommen gescheitert zu betrachten.

Für neue Mobilitätsimpulse müssen sich Bausünden wie das Sonnborner Kreuz bestimmt nicht wiederholen. An dem offenen Dialog sollen sich darum bitte alle Wuppertaler*innen beteiligen, um diese Stadt wieder in Bewegung zu setzen!

AUS DEM INHALT

Seite 2
Ist die Stadtverwaltung noch arbeitsfähig?

Seite 3
Freibad Mählersbeck

Seite 4
Videoüberwachung in der Öffentlichkeit

Seite 5
Forensische Klinik



IST DIE STADTVERWALTUNG NOCH ARBEITSFÄHIG?

■ DER OBERBÜRGERMEISTER HAT DAS RATHAUS NICHT IM GRIFF



Foto: Mathias Kehren

In den letzten Wochen häuften sich die Meldungen, dass wichtige Arbeiten von der Verwaltung nicht erledigt werden können. Die Sanierung der Nevigeser Straße kann wegen eines Personalengpasses nicht beginnen.

Die Warteschlangen beim Einwohnermeldeamt und der KFZ-Zulassungsstelle werden aus Personalmangel nicht kürzer. Die Jakobstreppe wartet seit Jahren auf eine Sanierung. Das Geld wäre vorhanden, nur das Personal nicht.

Als Schlag ins Gesicht bezeichnete die Lokalpresse die neueste Hiobsbot-

schaft: Weil Personal fehlte, konnte ein Förderantrag für die Soziale Stadt Oberbarmen-Wichlinghausen nicht bei der Bezirksregierung eingereicht werden. Damit fehlen jetzt 1,3 Mio. Fördermittel. Und noch schlimmer: Damit werden die Bemühungen der Bürger*innen zunichte gemacht, die sich im Rahmen des Bürgerforums für ihren Stadtteil eingesetzt haben. Die ganze Arbeit war umsonst. Und das, obwohl der Rat Anfang 2014 beschlossen hat, dass die Verwaltung die Fördermittel beantragen soll. Es ist zu befürchten, dass sich noch mehr engagierte Bürger*innen abwen-

den und ihr Wahlrecht nicht ausüben, weil sie den Eindruck haben, ihre Interessen seien bei der Stadt nicht gut aufgehoben. Gerade im Osten Wuppertals ist die Wahlbeteiligung in vielen Quartieren erschreckend niedrig. Zunächst haben wir vermutet, Stadtdirektor und Kämmerer Dr. Slawig hätte die Stellen in den Ressorts der Verwaltung nicht genehmigt. Inzwischen stoßen wir auf überraschende Begründungen: Die Stellen sind vorhanden, können aber nicht besetzt werden, weil es keine Bewerber innerhalb der Verwaltung gibt. Beim Personal soll weiter gespart werden. Gleichzeitig hat der Oberbürgermeister wohl noch finanzielle Reserven, denn er plant, die Gewerbesteuer um 5 Prozentpunkte zu senken. Als könnte die Stadt nicht jeden Cent brauchen und als gebe es keine Personalnot.

So kommen wir zu dem Schluss: Der Oberbürgermeister hat sein Rathaus nicht im Griff. Wichtige aktuelle Impulse für Wuppertaler Stadtteile werden aus Personalmangel nicht gesetzt und das Engagement der Bürger*innen zunichte gemacht. Zur Ratssitzung am 22.06. haben wir eine Menge Fragen gestellt, nicht zuletzt, was die Verwaltung unternimmt, um die Stellen so schnell wie möglich mit qualifizierten Bewerber*innen zu besetzen.

MITTEILUNGSBLATT AUSGABE 6, 5. JUNI 2015



Foto: STILLFX/Shutterstock

Transparenz und Bürgerbeteiligung sind die Schlüsselworte für das neue Dezernat, das ab September eingerichtet wird. Das kostet alle Wuppertaler*innen rund 300.000 Euro. Was aber ist eine "Mittwochsrunde", an der der/die neue Mitarbeiter/in teilnehmen soll? Geht es dabei um die Runde, in der CDU und SPD schon mal vorab alle wichtigen Entscheidungen treffen?

Soviel zur neuen Kultur in Wuppertal, denn an den für alle Bürger*innen öffentlichen Sitzungen von Ausschüssen soll die neue Person anscheinend nicht teilnehmen. Glückwunsch GroKo, so wissen wir jetzt endlich, wie die neue Transparenz gestaltet werden soll.

STREIK IN WUPPERTAL

■ ZEIT FÜR EINE LÄNGST ÜBERFÄLLIGE AUFWERTUNG

Schaut man sich um, so hat man den Eindruck, es wird zurzeit so viel gestreikt wie noch nie.

Das mag zu Einschränkungen und Frustration bei der einen oder dem anderen führen, aber dennoch ist es grundsätzlich richtig, auch wenn man die Streiks bei Post, Deutscher Bahn und eben den Streik im Erziehungswesen unterschiedlich bewerten mag.

Den aufmerksamen Leser*innen fällt gewiss auf, dass in diesem Artikel nicht vom „Kita-Streik“ die Rede ist. Dies ist vom Verfasser ganz bewusst so gewählt, denn es geht eben nicht nur um die im Fokus der Öffentlichkeit stehenden Erzieher*innen in den Kindertagesstätten, sondern auch um all diejenigen, die im Bereich des Erziehungsdienstes arbeiten, zum Beispiel in Kinderheimen oder beim Bezirkssozialdienst usw. Kurzum, all diejenigen, die nach dem sogenannten TvöD-SuE bezahlt werden. Das sind dann je nach Einrichtung Kinderpfleger*innen, aber eben auch Sozialarbeiter*innen.

Alle diese Menschen haben eine qualifizierte Ausbildung, um die Kinder und Jugendlichen zu fördern, in ihrer Entwicklung zu unterstützen, die Eltern fachlich zu beraten usw.

Wer sich mit der Gehaltsstruktur im Sozial- und Erziehungswesen nicht so gut auskennt, findet eine Lohnsteigerung von 10% vielleicht anmaßend, wir als GRÜNE Fraktion sagen jedoch eindeutig ja zu dieser Forderung, blasen ins gleiche Horn wie die Gewerkschaft ver.di und rufen: Aufwertung jetzt!

Denn es kann nicht sein, dass studierte Sozialarbeiter*innen mit einer Vollzeitstelle weitaus weniger in der Lohntüte haben als Facharbeiter*innen in der freien Wirtschaft. Diese grundsätz-

liche Kritik am Lohngefüge lässt sich sicherlich nicht in Wuppertal alleine lösen, aber trotz knapper Kassen muss den kommunalen Arbeitgeber*innen klar werden, dass sie diejenigen, denen wir unsere Kinder und Jugendlichen anvertrauen, nicht mit einem „Discount-Preis“ abspeisen können.

Dies sehen auch die meisten Wuppertaler Eltern so, trotz vieler Betreuungsgänge durch den unbefristeten Streik. Für all diejenigen, die nachweislich keine andere Betreuungsmöglichkeit finden, sind von der Stadt Wuppertal „Notfallgruppen“ eingerichtet worden, die sicherlich – so ehrlich muss man sein – nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein können.

Umso ernüchternder muss dann für die streikenden Angestellten und auch die Eltern die eine oder andere Reaktion der Verwaltungsspitze anmuten – von dem ursprünglichen Unwillen, die Kita-Beiträge für die faktische Nichtnutzbarkeit des Angebotes zurückzahlen, bis zum Ausruf des OB bei einer Demo vor dem Barmer Rathaus, es gebe ein „Streikrecht“, aber keine „Streikpflicht“. Gerade der letzte Punkt zeigt einmal mehr, dass immer noch nicht erkannt worden ist, dass die Wertigkeit sozialer Arbeit nicht nur in Sonntagsreden, sondern auch auf der Gehaltsabrechnung entschieden wird. Die GRÜNE Fraktion zeigt sich deswegen solidarisch mit den unbefristeten Streikenden. Was die Elternbeiträge angeht, so ist es nicht zuletzt dem Druck der Oppositionsparteien – den GRÜNEN und der FDP – zu verdanken, dass Stadtkämmerer Dr. Johannes Slawig nach klärenden Gesprächen mit der Bezirksregierung letztendlich nun doch das Okay für die Rückerstattung der Elternbeiträge gegeben hat. Wir bleiben weiter am Ball!

VORGESTELLT: ANJA LIEBERT



Foto: Mathias Kehren

Schon seit Hochschulzeiten ist Anja Liebert engagiert für die GRÜNEN unterwegs und hat vor allem die Themen Verkehrspolitik, Stadtentwicklung und Bauen für sich entdeckt.

Erstmals 1999 in den Rat gewählt und danach (mit einer Unterbrechung) seit 2004 für die GRÜNEN im Rat der Stadt Wuppertal, ist Anja Liebert jetzt gemeinsam mit Marc Schulz Fraktionsvorsitzende für die GRÜNEN im Rat der Stadt. Die gebürtige Dortmunderin ist 45 Jahre alt und lebt seit 1991 in Wuppertal. Vor zehn Jahren hat sie mit ihrer Familie den Sedansberg als Lebensmittelpunkt gewählt.

Die „Stadt der kurzen Wege“ funktioniert hier im Quartier, denn Kindergärten, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte und die Nähe zur Barmer Innenstadt sorgen dafür, dass viele Wege

zu Fuß schneller erledigt werden können als mit dem Auto. Dies sollte auch in vielen anderen Stadtteilen möglich sein, wünscht sie sich, denn dann würden die Menschen immer öfter auf das Auto verzichten. Die Anbindung an Bus und (Schwebe-)Bahn ist dafür wichtig, und so setzt sich Anja Liebert ebenfalls für ein gut ausgebautes ÖPNV-Netz ein.

Dazu gehört auch ein leistungsstarker Busbahnhof am Döppersberg, ein Projekt, das sie seit den 90er-Jahren aktiv begleitet. Im Verkehrsausschuss bringt sie Anregungen und Ideen für Radfahrende, Fußgänger*innen und ÖPNV-Nutzer*innen ein, denn neben den gesundheitlichen Belastungen durch Feinstaub und Stickoxide bereiten ihr auch die vielen Unfälle mit schwächeren Verkehrsteilnehmer*innen Sorgen. Mit großer Freude sieht sie die

Zunahme des Radverkehrs in der Stadt. Nun müssen viele kleine Maßnahmen umgesetzt werden, damit die Wege für die Radler*innen sicher und gut nutzbar sind.

Als Mitglied im Aufsichtsrat und Bergischen Rat der neuen Bergischen Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft möchte Anja Liebert das Konzept nachhaltiger Wirtschaftsförderung und sparsamen Flächenverbrauchs auch über die Stadtgrenzen Wuppertals hinaustragen, denn gerade bei den Themen Gewerbeflächen und Strukturwandel ist ein regionaler Blickwinkel wichtig. Sie setzt sich im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen dafür ein, dass man die bestehenden Quartiere behutsam entwickelt, statt immer mehr Flächen „auf der grünen Wiese“ zu bebauen. Gerade die gewachsenen Stadtteile haben viel Potenzial für Wohnen und Arbeiten. Hier sieht sie noch weiteren Entwicklungsbedarf, damit Wuppertal in Zukunft Menschen aus allen Nationen eine nachhaltige Zukunft bieten kann.

Kontakt:
anja.liebert@gruene-wuppertal.de
Tel. 0202 433172



Foto: Privat

FREIBAD MÄHLERSBECK

■ NEUBAU ODER SANIERUNG?

Warum nicht einen Neubau prüfen?, fragt sich die GRÜNE Ratsfraktion bis zum heutigen Tag. Kommen wir zu den Fakten: Das einzige städtische Freibad ist ohne Zweifel in die Jahre gekommen und muss dringend saniert werden.

Wie von der Verwaltung in der letzten Sportausschusssitzung berichtet wurde, ist das Bad sehr marode. Die Sanierung werde so aufwendig sein, weil die Betriebslaubnis am Standort abgelaufen sei und man z.B. die Lärmschutzanforderungen wegen eines direkt neben dem Schwimmbad befindlichen Hauses erfüllen müsse. Um eine Lärmschutzwand bauen zu können, müsste das Nichtschwimmerbecken an dieser Stelle wegfallen, man müsste also einen neuen Standort für das Becken finden. Auch das Thema „Altlasten im Boden“ bekommt eine neue Bedeutung, gibt es doch im Untergrund an einigen Stellen sehr hohe Werte, die der Industriegeschichte unserer Stadt geschuldet sind.

Die Verwaltung bat den Sportausschuss darum, weiter planen und überlegen zu dürfen, wie die im Etat stehenden fünf Millionen Euro am besten eingesetzt werden können, um möglichst viel Schwimmbad für die Zukunft zu erhalten. Diesem Vorschlag der Verwaltung stimmten alle Fraktionen im Sportausschuss mit



Foto: Mathias Kehren

der Maßgabe zu, dass der Schwimmverband an allen Planungen beteiligt wird. Dieser Beschluss ist ein erweiterter Prüfauftrag und kein Durchführungsbeschluss. Wer nun glaubte, die Verwaltung könnte in Ruhe ihre Arbeit machen und dem Sportausschuss Vorschläge unterbreiten, hatte nicht mit der Reaktion der Großen Koalition von SPD und CDU und des Bürgervereins Nächstebreck gerechnet. Ohne weitergehende Informationen zu kennen, kassierten GroKo und Bürgerverein den Beschluss des Sportausschusses und erklärten, das Bad bleibe an dieser Stelle und so, wie es ist. Auf einem wenige Tage später von dem Beigeordneten Matthias Nocke und dem Sportausschussvorsitzenden Peter Vorste-

her einberufenen Treffen, zu dem die Mitglieder des Sportausschusses, der Bezirksvertretung und des Bürgervereins sowie die Presse eingeladen waren, wurde nach dem Vortrag von Dr. Flunkert, dem Chef des Gebäudemanagements, deutlich, dass es viele Veränderungen geben wird, wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen in dieser Form eingehalten werden müssen. Für die Zukunft sind wir gespannt, mit welchen Vorschlägen zur Sanierung des Freibades Mählersbeck die Verwaltung in den Sportausschuss kommen wird. Die GRÜNE Fraktion wird über den Sportausschuss und die Bezirksvertretung Oberbarmen für die Schwimmer*innen weiter am Thema bleiben.

NÄCHSTE ANLAUFSTELLE WIRD DAS KRANKENHAUS

■ REFORM DES ÄRZTLICHEN BEREITSCHAFTSDIENSTES

Was können Sie tun, wenn Sie ein medizinisches Problem haben, aber die Praxis Ihres Hausarztes oder Ihrer Hausärztin schon geschlossen ist? Statt gleich ins nächstgelegene Krankenhaus zu fahren, hilft in diesen Fällen der ärztliche Bereitschaftsdienst oder die Notfallpraxis, die in den Abendstunden und an Wochenenden geöffnet ist.

Besetzt werden diese Dienste von niedergelassenen Ärzt*innen. Bei denen führen diese zusätzlich geleisteten Dienste jedoch zu einer hohen Arbeitsbelastung. Aus diesem Grund soll die ambulante medizinische Versorgung außerhalb der üblichen Praxis-Öffnungszeiten nun neu strukturiert werden. Dies hat die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein im Januar dieses Jahres bekannt gegeben.

Ein entsprechender Beschluss dazu wurde am 11. Februar 2015 gefasst. Dieser Beschluss hätte einige auch negative Auswirkungen, zum Beispiel wäre eine Konsequenz die Aufgabe zahlreicher ärztlicher und kinderärztlicher Notfallpraxen im Rheinland. Dies wird zwar eher in den ländlichen Bereichen zu Problemen führen als in den Großstädten.

Aber auch Wuppertal wäre hiervon betroffen, da die kinderärztliche Notfallpraxis dann auch für den gesamten

Kreis Mettmann zuständig wäre, Auswirkungen auf die Wartezeiten wären sicher die Folge.

In einigen Kommunen, so zum Beispiel im Kreis Mettmann, regt sich gegen die Reform erheblicher Widerstand. Befürchtet werden zum Teil unzumutbar weite Wege zu der dann nächstgelegenen Notfallpraxis, was vor allem für Menschen, die nicht auf einen Pkw zurückgreifen können, problematisch wird.

Andererseits wird es aber auch zu einer zusätzlichen Belastung in den Ambulanzen der Kliniken kommen, da viele Patient*innen diese aufsuchen werden, um weite Wege zu vermeiden. In jedem Fall werden sich die Wartezeiten in den noch verbliebenen Notfallpraxen und den Ambulanzen der Kliniken verlängern.

Die Ärztekammer Nordrhein, in der auch die Klinikärzt*innen vertreten sind, hat am 21. März 2015 einen Beschluss gefasst, in dem sie die Reform, so wie sie geplant war, ablehnt. Stattdessen fordert sie die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein dazu auf, gemeinsam mit der Ärztekammer, den Kommunen und der Politik nach einer für alle Seiten akzeptablen Lösung zu suchen. Wir GRÜNEN hoffen, dass daran konstruktiv gearbeitet wird, denn die Konsequenzen werden im gesamten Rheinland spürbar sein.

GASTKOMMENTAR: GRÜNE JUGEND WUPPERTAL

■ LEGALISIERUNG VON CANNABIS – WAS WOLLEN WIR IN WUPPERTAL?

Die Debatte um die Legalisierung von Cannabis wird schon lange geführt und erhielt durch eine „Legalisierungswelle“ u.a. in einigen US-Bundesstaaten neuen Antrieb.

Auch in Wuppertal sind die negativen Auswirkungen der Prohibitionspolitik erkennbar: Die Wuppertaler*innen konsumieren nicht weniger Cannabisprodukte, setzen sich dabei allerdings einem nicht zu unterschätzenden Risiko aus. Da sich ein Schwarzmarkt naturgemäß nicht überwachen lässt, schwankt der THC-Gehalt mitunter sehr stark, was einen bewussten und kontrollierten Konsum erschwert. Außerdem bleiben schädliche Streckstoffe meistens unentdeckt. Auch der Jugendschutz bleibt auf der Strecke, da auf dem Schwarzmarkt niemand nach dem Ausweis fragt.

Gäbe es eine Möglichkeit, legale, kontrollierte Cannabisprodukte zu kaufen, so würde der Schwarzmarkt austrocknen. Durch lizenzierte Abgabestellen ließe sich eine Qualitätskontrolle zum Schutz der Konsument*innen realisieren sowie ein Jugendschutz etablieren. Zudem würde diese Abgabe der Stadt Einnahmen bringen, die zur Suchtberatung genutzt werden könnten, am besten gleich in den besagten Abgabestellen. Die Befürchtung, dass durch solche Angebote der Konsum ansteigen könnte, lässt sich entkräften. So sank zum Beispiel in Portugal sowie den Niederlanden die Zahl der Konsument*innen nach der Entkriminalisierung von Cannabis.

Die Legalisierung von Cannabis ist natürlich nur auf Bundesebene zu verwirklichen, doch gibt es auch Handlungsmöglichkeiten für Kommunen.

Eine dieser Möglichkeiten haben die GRÜNEN in Wuppertal auf Initiative der GRÜNEN JUGEND Wuppertal beschlossen umzusetzen.

Wir wollen eine Ausnahmegenehmigung nach dem Betäubungsmittelgesetz aufgrund öffentlichen oder wissenschaftlichen Interesses beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) erwirken. Interessant wäre es zum Beispiel, zu ermitteln, ob Personen mit problematischen Konsummustern so besser erreicht werden können und ob durch effektiveren Verbraucher*innenschutz die gesundheitlichen Schäden zurückgehen.

Auch wäre zu prüfen, inwieweit der Jugendschutz von der Zerschlagung des Schwarzmarktes profitiert. Bei der Entwicklung des Antrags an das BfArM sollten Suchthilfeträger*innen,



Cartoon: Harm Bengen

Drogenexpert*innen der Polizei und Fachpolitiker*innen einbezogen werden. Dies könnte in Form eines runden Tisches oder Fachtages geschehen. Ziel wäre es, rechtliche Fragen in Bezug auf mögliche Betreiber*innen, deren Beschaffungsmöglichkeiten sowie die Gewährleistung einer Art Begleitung

durch geeignete Forschungsstellen zu klären. Sobald die Ausnahmegenehmigung erteilt wurde, sollte der Rat der Stadt aufgefordert werden, die nötigen Schritte einzuleiten, um eine kontrollierte Abgabe von Cannabisprodukten in lizenzierten Abgabestellen in der Wuppertaler Innenstadt zu realisieren.

JUGENDCAFÉ IN BARMEN

■ BALD GEHT ES LOS!

Es ist lang ersehnt, und der Wuppertaler Jugendrat hat massiv darum gekämpft und es zu seinem Projekt gemacht: ein Jugendcafé im Wuppertaler Osten, genauer gesagt mitten in der Barmer City, unweit der Barmer Einkaufsmeile Werth. Ein schon länger leer stehendes Ladenlokal in der Schuchardstraße soll als Domizil dienen.

Ein nicht kommerzielles Jugendcafé mit fairen Getränkepreisen, einfach zum „nett quatschen“ soll es werden. Ein

Angebot, das Wuppertals Jugendliche sicher schon länger ersehnt haben.

Damit sich das Jugendcafé, das auch personell von der Stadt Wuppertal unterstützt wird, aber wirklich durchgesetzt, braucht es mehr. Ein klares Konzept mit Events, Austauschmöglichkeiten und einem Interieur, das sich von der Masse der systemgastronomischen Konsumtempel einerseits und von der klassischen Jugendzentrumsatmosphäre andererseits absetzt.

Um das alles gut im Blick zu haben, ist es wichtig, bereits jetzt den Wupper-

taler Jugendrat in die Detailplanungen mit einzubeziehen und den Jugendlichen möglichst viel Mitsprache und Freiraum zu geben. Die Verantwortlichen müssen dann deutlich machen, welche Vorschläge der Jugendlichen umsetzbar sind und welche nicht. Das fängt bei den Öffnungszeiten an und geht weiter bis zu Farbe und Form der Sitzgelegenheiten. Es bleibt zu hoffen, dass das Konzept auf lange Zeit angelegt ist und dem Jugendcafé nicht – wie vor gut einem Jahrzehnt in Elberfeld geschehen – dann viel zu schnell

die Puste ausgeht.

Der Weg hin zu einem Jugendcafé im Barmen war letztendlich für das aktuelle Jugendrats-Team schon steinig genug.

Ursprünglich war ein Café in unmittelbarer Nähe zum Rathaus geplant, diese Pläne mussten jedoch vom städtischen Gebäudemanagement, vom Stadtbetrieb Jugend und Freizeit und von den Jugendlichen zu Grabe getragen werden, weil die Miete zu hoch war. Im Rückblick gab es wohl auch ein Kommunikationsproblem zwischen Verwal-

tung und Jugendrat, was dazu führte, dass die Jugendlichen schließlich vor vollendende Tatsachen gestellt wurden. Das ist demotivierend, und solche Fehler dürfen in Zukunft nicht wieder passieren.

Der Wuppertaler Jugendrat wird von der GRÜNEN Fraktion die bestmögliche Unterstützung erhalten, denn wir sind davon überzeugt, dass dieses Projekt die Aufenthaltsmöglichkeiten gerade für die Jugendlichen in der Barmer Innenstadt deutlich aufwertet. Let's go, Wuppertaler Jugendrat!

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel. 0202. 563. 6204
Fax: 0202. 59 64 88
E-Mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:
Anja Liebert (V.i.S.d.P.), Sylvia Meyer
(Redaktion), Bettina Brücher, Oliver Graf,
Barbara Naguib, Paul Yves Ramette, Ilona
Schäfer, Marc Schulz, Marcel Simon,
Frank ter Veld, Peter Vorsteher

Gastbeiträge:
Jutta Velte MdL, Bergische
Landtagsabgeordnete der GRÜNEN
GRÜNE Jugend Wuppertal, Lili Pollmann
Christian Urban, Verbraucherzentrale NRW

Satz und Gestaltung:
werkmarie, Friedrich-Ebert-Str. 143e,
42117 Wuppertal

Druck:
Latent UG, Friedrich-Ebert-Str. 143e,
42117 Wuppertal

Auflage: 18.000

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im
ADA, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V.,
Simonsstraße 36; ASTA, Berg. Universität;
Behindert - na und?, Arrenberg'sche Höfe 4;
die börse, Wolkenburg 100; Café Moritz,
Höhne 22; Cinema, Berliner Straße;
Die Färberei, Stennert 8; Kreisgeschäfts-
stelle GRÜNES Büro, Friedrich-Ebert-Str.
76; Katzensgold, Untergrünwaldstraße 3;
Nachbarschaftsheim, Platz der Republik;
Stadtteilbibliotheken; Spunk, Flensburger
Straße 38; Zentral- und Stadtteilbiblio-
theken

Die Abgabe ist kostenlos!



Foto: Privat

VIDEOÜBERWACHUNG IN DER ÖFFENTLICHKEIT

■ GRÜNE FRAGEN NACH

Der Ruf nach Videoüberwachung im öffentlichen Raum wird heutzutage schnell laut.

Mittlerweile sind die Anschaffungskosten für Überwachungstechnik sehr günstig. Damit wird das Ziel verbunden, Kriminalität zu verdrängen. Dadurch lassen sich manche Politiker*innen verlocken, schnell zum Mittel der Videokamera zu greifen. Bedenken*innen, die ihre Bürgerrechte anführen, werden schnell mit Aussprüchen wie „Wer nichts zu verbergen hat, braucht sich vor nichts zu fürchten“ abgekanzelt. Aber auch immer mehr Privatpersonen filmen in der Öffentlichkeit drauflos.

Ob es nun Action Cams oder Dashcams sind: Die Chance oder Gefahr, im öffentlichen Raum von anderen Menschen oder Behörden gefilmt zu werden, wächst beständig. Dies zeigen auch die wiederkehrenden Angebote – selbst der bekannten Discounter – an Überwachungskameras für jedermann und jedefrau.

Für die Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit und des Betriebsausschusses ESW fra-

gen wir daher nach Art und Umfang des Einsatzes städtischer Videotechnik im öffentlichen Raum und danach, welche Kenntnisse die Verwaltung über private und gewerblich betriebene Videoüberwachung in Wuppertal hat. Für die GRÜNE Ratsfraktion steht fest, dass Videoüberwachung nicht das Allheilmittel der Verbrechensbekämpfung ist.

Dies zeigen insbesondere die negativen Erfahrungen aus Großbritannien. Vielmehr sehen wir das Grundrecht der Bürger*innen am eigenen Bild immer mehr gefährdet. Dem leichtfertigen Umgang mit unseren Grundrechten werden wir weiterhin entschieden entgegenzutreten.

Vor allem die mangelnde Wirksamkeit in Bezug auf Strafverfolgung und Kriminalitätsvermeidung werden wir in dieser Sache weiter thematisieren. Videoüberwachung schreckt nicht von Straftaten ab. Bester Beweis hierfür ist der Fall der im Dezember 2012 auf dem Bonner Hauptbahnhof gefundenen Bombentasche. Es gab doch Videokameras vor Ort – abgehalten hat das den Straftäter bekanntermaßen nicht.



Foto: Privat

NEUER ZUGANG ZUR LEBENSADER WUPPER

■ UMSETZUNG „HISTORISCHER“ FORDERUNGEN



Foto: Mathias Kehren

Knapp ein Jahr nach dem Start der Bauarbeiten im März 2014 war es vor kurzem so weit: Das Außengelände der Junior Uni wurde am 09. Mai mit einem Frühlingsfest feierlich eröffnet.

Teil der neu gestalteten Umgebung der Junior Uni ist ein öffentlicher Zugang zur Wupper, für den sich auch Oberbürgermeister Peter Jung nach Abwägung von Pro und Kontra einsetzte. Die GRÜNE Ratsfraktion freut sich, dass mit Abschluss dieser Baumaßnahme eine schon fast historische GRÜNE Forderung nach der Öffnung der Lebensader Wupper zumindest an dieser Stelle verwirklicht wurde.

Seit dem Einzug der GRÜNEN in den Rat der Stadt Wuppertal 1984 ist es der Fraktion ein Herzenthema, dass der Fluss, der Wuppertal seinen Namen gibt, deutlicher in das kommunalpolitische Bewusstsein rückt. Schon damals forderte die GRÜNE Ratsfraktion, die Wupper ökologischer zu

gestalten und für die Menschen erlebbar zu machen. Dank der Baumaßnahme des Wuppertalverbandes wurde zusätzlich der Lebensraum für Fische und Kleinlebewesen durch eine naturnahe Gestaltung des Wupperbettes mitten in der Stadt deutlich verbessert. Durch die Aufschüttung von Steinen und lebendigere Gestaltung des Flusslaufes wurde mehr Abwechslung und Dynamik erzeugt.

Kinder und Jugendliche haben nun durch den geöffneten Zugang zum Fluss die Möglichkeit, hautnah mit der Flora und Fauna der Wupper zu experimentieren. So kann die Junior Uni als Lernort bei ihren Studierenden ein schärferes Bewusstsein für die direkte Umwelt schaffen und auf diese Weise zur Umweltbildung beitragen.

Weitere Infos der Junior Uni, Forschungsplattform Bergisches Land, finden Sie: www.junioruni-wuppertal.de

GASTBEITRAG: BERICHT AUS DEM LANDTAG

■ VON JUTTA VELTE MDL, BERGISCHE LANDTAGSABGEORDNETE DER GRÜNEN

Enquete-Kommission sucht neue Wege in der Familienpolitik

Was macht Familie aus? Was braucht sie? Mehr Geld? Mehr Zeit für Familie? Eine bessere Infrastruktur? Familienfreundliche Arbeitszeiten? Oder von allem etwas? Diesen Fragen will die Enquete-Kommission „Familienpolitik“ des Landtags nachgehen.

Der Staat gibt viel Geld für sogenannte „familienbegleitende“ Maßnahmen aus. Und doch haben Eltern und Kinder den Eindruck, ständig unter Druck zu stehen. Der Kosmos Familie hat sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert. Es gibt Ein-Eltern-Familien, Patchworkfamilien, Regenbogenfamilien.

Die Beziehungs- und Sorgenetzwerke werden größer, vielfältiger und dynamischer. Gleichzeitig sind es mehrheitlich immer noch die Frauen, die den größten Teil der Sorgearbeit bei der Kindererziehung und in der Pflege von Partner*innen und Eltern erledigen, und es sind die Frauen, die weniger verdienen und geringere Karrierechancen haben.



Foto: Privat

In der Kommission wollen wir herausfinden, was das Land NRW tun kann, um die Situation der Familie zu verbessern.

Sie können dabei helfen: Mailen Sie mich an (jutta.velte@landtag.nrw.de), schreiben Sie mir, teilen Sie mir Ihre Ideen für eine gute Familienpolitik mit. Damit wir in NRW zukunftsfähige Lösungen für die konkreten Probleme finden und umsetzen können.

Dank an das Ehrenamt

Wuppertal ist stark. Die Wuppertaler*innen heißen diejenigen herzlich willkommen, die vor Krieg, Vertreibung und Not geflüchtet und nach Wuppertal gekommen sind. Viel Einsatz ist dabei, viel Ehrenamt, viel Zuwendung. Die Wuppertaler Stadtgesellschaft funktioniert. Denn die Menschen wissen: Es geht jetzt darum, die Neankömmlinge in die Stadtgesellschaft aufzunehmen. Den Alleinreisenden, den Eltern, den Kindern und den Jugendlichen eine Perspektive zu geben.

Das Land NRW unterstützt sie nach Kräften, auch wenn man sich immer mehr wünschen kann. Wichtig ist jetzt, dass die vielen Initiativen von Privaten, den öffentlichen Einrichtungen, den Kirchen und den Wohlfahrtsverbänden gut miteinander verknüpft werden. Deutsch lernen, den Kita- oder Schulbesuch organisieren, berufliche Erfahrungen ausloten oder einen Zugang zur Universität ermöglichen – all das ist wichtig für ein gelungenes Ankommen. An dieser Stelle hält Wuppertal zusammen. Großartig.

WUPPERTALER OPER

■ FRISCHER WIND DURCH NEUEN INTENDANTEN

Momentan ist er noch Operndirektor am Staatstheater in Darmstadt, doch nach der Spielzeit 2015/16 folgt er Toshiyuki Kamioka als Intendant des Wuppertaler Opernhauses: Berthold Schneider wurde von der Findungskommission mit einer sehr guten Mehrheit dem Aufsichtsrat vorgeschlagen und dort gewählt.

Schneider ist in der europäischen Opernszene gut vernetzt und will seine vielfältigen Kontakte in Wuppertal einbringen. Eine deutliche Öffnung der Oper in die Stadt ist von ihm zu erwarten, die Zusammenarbeit mit anderen Kultureinrichtungen ist denkbar. Die Werkstätten der Wuppertaler Bühnen werden ebenfalls von seinen Kontakten profitieren. Neue Wege der Zusammenarbeit wird es in Richtung Schauspiel geben, mit der Schauspielintendantin Susanne Abbrederis hat bereits ein erstes konstruktives Gespräch stattgefunden.

Auch mit dem Tanztheater Pina Bausch kann sich Schneider Kooperationen vorstellen. Wir GRÜNEN freuen uns, dass Wuppertal in Berthold Schneider

einen Opernchef gefunden hat, den es reizt, die Oper wieder mit jungen Sängern*innen aufzubauen, und der in den beiden Auswahlrunden mit seinen Ansichten zur Zukunft der Wuppertaler Oper sowohl die Findungskommission als auch den Aufsichtsrat begeistern konnte. Wir erwarten mit Spannung die erste Spielzeit 2016/17 und werden ihn nach Kräften unterstützen.



Foto: Mathias Kehren

GASTKOMMENTAR: DER VERBRAUCHERZENTRALE NRW

■ DIE KONTOUMSTELLUNG DER STADTSPARKASSE WUPPERTAL AUS VERBRAUCHERSICHT

Von **Christian Urban, Jurist in der Gruppe Finanzen und Versicherungen der Verbraucherzentrale NRW**

Derzeit stellt die Stadtsparkasse Wuppertal die Girokonten aller Kund*innen auf neue Kontomodelle um. Insbesondere geht damit eine Änderung der Preise einher. Die Kund*innen nehmen automatisch an dem Rückvergütungssystem „Sparkassen TreueWelt“ teil.

Bewertung aus Verbraucher*innensicht

Grundsätzlich würdigt die Verbraucherzentrale NRW die Sparkassen als am Gemeinwohl orientierte, gut erreichbare und serviceorientierte

Finanzinstitute vor Ort. Auch ist anzumerken, dass bei Kreditinstituten vielfach ein Trend zu Preiserhöhungen und Ausbau des Online-Geschäfts vorherrscht. Dennoch sind einige Aspekte der neuen Geschäftsstrategie der Stadtsparkasse Wuppertal kritisch zu sehen.

Aus Sicht der Verbraucherzentrale NRW muss insbesondere sichergestellt bleiben, dass weiterhin einkommensbenachteiligten oder älteren Verbraucher*innen sowie bildungsfernen Bevölkerungsgruppen auch unabhängig von einem Online-Zugang ein bezahlbares Konto gewährt wird. In diesem Zusammenhang spricht sich die Verbraucherzentrale NRW für eine

solidarische Gestaltung der Kontogebühren aus. Darüber hinaus ist die automatische Teilnahme an der „TreueWelt“ kritisch zu sehen. Vergünstigungen erhalten die Kund*innen nur durch die Bindung an bestimmte Händler*innen. Die Kopplung des Preises für das Konto an eine bestimmte Nutzungsweise widerspricht zudem den Anforderungen an ein transparentes Preismodell. Unter dem Aspekt des Datenschutzes muss das Missbrauchsrisiko solcher Verfahren im Blick behalten werden.

Handlungsoptionen für Betroffene

Verbraucher*innen, die mit dem neuen Angebot einverstanden sind, brauchen nichts zu veranlassen. Kund*innen,

die mit der Umstellung oder einzelnen Modalitäten – etwa der Zuordnung zu einem bestimmten Kontomodell – nicht einverstanden sind, können zunächst das Gespräch mit der Stadtsparkasse suchen.

Verbraucher*innen sollten ohnehin regelmäßig prüfen, ob ihr Girokonto noch zu den eigenen Bedürfnissen passt. Alternativen lassen sich bei der bisherigen oder einer neuen Bank finden. Tipps zum Girokontowechsel finden sich unter: <http://www.vz-nrw.de/girokonto-wechseln>

Verbraucher*innen können der Kontoumstellung auch widersprechen. Dabei sollte jedoch bedacht wer-

den, dass die Stadtsparkasse dann womöglich ihrerseits das Konto kündigt. Ob sie diesen Schritt tatsächlich gehen wird, ist derzeit allerdings völlig offen. Selbst bei einer erfolgreichen Kündigung bliebe betroffenen Verbraucher*innen aber der Anbieterwechsel. Besonders schutzwürdigen Verbraucher*innengruppen steht dieser Weg allerdings nicht immer offen.

Die Sparkasse Wuppertal war leider nicht bereit, uns einen eigenen Gastkommentar zur Kontoumstellung zur Verfügung zu stellen.

SOZIAL-CAFÉ „FAMBIENTE“

■ DIAKONIE SCHLIESST EINE WEITERE EINRICHTUNG

Auf der Internetseite der Diakonie findet man den Hinweis auf „fambiente“, das Café im Herzen Vohwinkels – direkt am Lienhardtplatz – mit umfassendem Beratungsangebot und interessantem Veranstaltungskalender.

Die Bahnstraße 9 mit direkter Busanbindung ist ein idealer Treffpunkt für Erwachsene, die nicht mobil unterwegs sind. Diese Art der Einrichtung ist einmalig, denn ihre Zielgruppe sind Erwachsene. Das „fambiente“ „schafft Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme und Vernetzung der im Stadtteil lebenden Menschen“.1 Jeder ist willkommen, entweder, um sich auf einen Kaffee zu treffen, Informationen über soziale und kulturelle Angebote einzuholen oder auch, um schnell und unbürokratisch Unterstützung bei sozialen Problemen zu erhalten.2 Gerade diese Unterstützung ist wertvoll und wird nicht ersetzt werden können (die einzige andere Einrichtung mit ähnlichem Angebot ist das „Tacheles“ in Barmen). Seit zehn Jahren leisten im „fambiente“ zwei ortsansässige Anwälte einmal im Monat Rechtsberatung, die im Schnitt von zwei bis vier Personen in Anspruch genommen wird. Selbst das Jobcenter hat verstärkt Kund*innen ganz gezielt zur Beratung geschickt.



Foto: Mathias Kehren

Hier war es möglich, Personen mit (amtssprachlichen) Verständnisschwierigkeiten individuell und vor allem schnell weiterzuhelfen. Die Internetseite der Diakonie Wuppertal spricht: „Als Wohlfahrtsverband der evangelischen Kirche ‚im Tal‘ nehmen wir soziale Aufgaben wahr. Auf der Basis christlicher Werte sind wir da für alle Menschen unserer Stadt – unabhängig von Herkunft, Nationalität oder Religion“.3

Zeitungsberichten zufolge spricht die Diakonie jedoch von einer Finanzierungslücke bzw. Kosten von 30 000 bis 50 000 Euro pro Jahr. Das „fam-

biente“ arbeitet mit einem hauptamtlichen Sozialarbeiter (mit halber Stelle) und drei Honorarkräften (à 150 Euro pro Monat). Seit 1999 besteht diese Einrichtung, und sie ist heute wertvoller als je zuvor. Die Verantwortlichen haben schon viel zu viel Zeit verstreichen lassen und sollten sich zusammensetzen, um Möglichkeiten des Weiterführens zu erörtern.

1, 2 http://www.diakoniewuppertal.de/fileadmin/user_upload/pdf/angebote/begegnung_-_stadtteilarbeit/fambiente_2012_06122012.pdf

3 <http://www.diakoniewuppertal.de/startseite/>

FOC WUPPERTAL – CHANCEN UND RISIKEN

Pläne für das neue Einkaufszentrum sind jetzt öffentlich

Nach vielen Spekulationen sind jetzt erste Pläne für das FOC (Factory Outlet Center) in Wuppertal öffentlich gemacht worden. Für die GRÜNEN ist eine weitere Einzelhandelsansiedlung im Innenstadtbereich grundsätzlich besser als ein Einkaufszentrum „auf der grünen Wiese“, wie es z.B. bei Fachmarktzentrum und IKEA ursprünglich geplant war.

Im weiteren Verfahren ist allerdings zu klären, wie viel Fläche die Innenstadt verträgt, ohne dass der bestehende Einzelhandel in seiner Existenz gefährdet wird. Für die GRÜNEN müssen jetzt auch Pläne für die Verkehrsbindung und -abwicklung geklärt werden, damit die Anwohner*innen der Elberfelder Südstadt Klarheit bekommen. Wir erwarten, dass die nächsten Schritte ausführlich im zuständigen Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vorgestellt und diskutiert werden und die Öffentlichkeit ausreichend über das Projekt informiert wird. Folgendes plant die Clees-Unternehmensgruppe in der ehemaligen Bundesbahndirektion und dem Postgebäude am Kleeblatt: Insgesamt 30.000 m² Verkaufsfläche, verteilt auf ca. 150

Shops. Direktion und Post sollen durch eine Brücke über die Bahnschienen verbunden werden. In der Bahndirektion sind 10.000 m² geplant, die bereits 2017 eröffnet werden könnten. Beim Sortiment wird knapp die Hälfte auf Mode entfallen, dazu kommen Sportartikel, Schuhe und Ähnliches. Im zweiten Bauabschnitt sollen 13.000 m² Fläche im alten Postgebäude am Kleeblatt entwickelt werden. Zusätzlich stehen dann 2.500 Parkplätze zur Verfügung. In einem dritten und letzten Bauabschnitt soll das bisherige Fundbüro (westlich des Stationsgebäudes) abgerissen und durch einen Neubau mit viel Glas und 7.000 m² Verkaufsfläche ersetzt werden. Insgesamt will die Clees-Gruppe 120 Millionen Euro investieren.

Betreiber des FOC soll das Unternehmen ROS Retail Outlet Shopping werden, eine Unternehmensgruppe, die bereits einige Projekte umgesetzt hat. Zusätzlich soll in den oberen Etagen der ehemaligen Bundesbahndirektion ein Hotel eingeplant werden.

Genaue Pläne, weitere Details und Ansichten des Projektes können Sie auf der Seite der Wirtschaftsförderung Wuppertal unter www.wf-wuppertal.de finden.

FORENSISCHE KLINIK

■ ERNEUTE SUCHE NACH EINEM GEEIGNETEN STANDORT

Mitte April wurde bekannt, dass die Verhandlungen über den Bau einer forensischen Klinik auf dem Gelände der Bergischen Diakonie Aprath von der BDA abgebrochen wurden.

Dies hat uns als GRÜNE Fraktion enttäuscht, denn der Standort in Aprath war durch seine Lage und weil die BDA bereits in der Nachsorge von Forensikpatienten aktiv ist, sehr geeignet. Das Konzept ist nun – nach mehr als zwei Jahre langen Verhandlungen – gescheitert. Jetzt darf nicht unter Zeitdruck eine Entscheidung getroffen werden. Wir wollen, dass sachlich und besonnen nach einem geeigneten Standort gesucht wird. Dabei müssen auch neue Flächen geprüft werden. Wir GRÜNEN schließen keinen Standort von vornherein aus. Denn ein Großteil der Menschen in einer forensischen Klinik kommt

aus unserer Mitte. Es sind psychisch kranke oder suchtkranke Menschen, die eine Straftat begangen haben, aber aufgrund ihrer Erkrankung vermindert schuldfähig sind. Die Bevölkerung muss vor diesen Menschen, von denen – wenn sie nicht therapiert werden – eine Gefahr ausgeht, geschützt werden. Wir wollen ihnen aber auch die Chance geben, wohnortnah therapiert zu werden.

Keine Augenwischerei betreiben

Was wir keinesfalls unterstützen können, ist, den Menschen in unserer Stadt etwas vorzugaukeln! Der Rat der Stadt fasste am 9. Mai einen Beschluss bzw. bekräftigte einen alten Beschluss, der besagt, dass der Standort Müngstener Straße ungeeignet sei und für eine forensische Klinik nicht infrage komme. Damit entsteht der Eindruck,

der Rat habe in dieser Sache eine Entscheidungskompetenz, was aber nicht der Fall ist. Nach § 37 Baugesetzbuch ist das Land NRW Bauherr. Da es sich dabei um ein Vorhaben von höherem öffentlichem Interesse handelt, muss die Gemeinde zwar angehört werden, kann aber nicht über den Standort entscheiden. Auch wenn das Ministerium bestrebt ist, eine möglichst konfliktarme Lösung zu finden, so liegt die Entscheidung letztendlich beim Land und nicht bei der Stadt Wuppertal.

Wir stehen in regelmäßigem Kontakt mit dem zuständigen Ministerium und wissen, dass dort verschiedene Standorte geprüft werden. Diese öffentlich zu diskutieren würde aber ebenso zu Verunsicherung in der Bevölkerung führen wie der oben genannte Ratsbeschluss. Diesem konnten wir GRÜNEN deshalb auch nicht zustimmen.

ANZEIGE

POLITIK MITGESTALTEN – MITGLIED WERDEN!




**Friedrich-Ebert-Str. 76
42103 Wuppertal**
**Telefon: 0202 / 87811
Telefax: 0202 / 82444**

**www.gruene-kvwuppertal.de
gruene-wuppertal@t-online.de
Facebook
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN WUPPERTAL**

RATS-CHRONIK MAI 2015



Archivfoto: Jörg Lange

Umsetzung des Ratsbeschlusses zu Verkehrsinformationen

Endlich: Die Verwaltung antwortete auf unsere Anfrage, die wir bereits Anfang März gestellt hatten. Wir wollten wissen, weshalb ein Ratsbeschluss vom September 2014 noch nicht umgesetzt ist. Auf Initiative der GRÜNEN wurde damals beschlossen, für die Bürger*innen eine übersichtliche und aktuelle Baustellen-Datenbank auf der städtischen Homepage einzurichten. Die Antwort der Verwaltung: Dafür sei aktuell kein Personal vorhanden, weil offene Stellen nicht besetzt werden können.

Dienst- und Berufskleidung für den öffentlichen Dienst aus fairer Produktion

Wuppertal wurde 2010 erstmals mit dem Titel „Fair Trade Town“ ausgezeichnet. Damit ist weit mehr verbunden als der Ausschank fair gehandelter Getränke bei offiziellen Anlässen. Zum Beispiel sollte die Stadt dafür Sorge tragen, dass die Dienstkleidung für städtische Beschäftigte aus fairer und ökologischer Produktion stammt.

Die GRÜNEN und die LINKE stellten dazu einen Ratsantrag. Für die GRÜNEN sind Fairness und Ökologie wichtige Ziele, und die Stadt sollte sich vorbildlich verhalten. Leider sah die große Kooperation das anders und lehnte den Antrag ab.

Öffentliches WLAN in Wuppertal fördern

In einem Antrag fordern die Wuppertaler GRÜNEN, dass städtische Gebäude als geeignete Standorte für Freifunk-Router zur Verfügung gestellt werden. Damit wäre auf dem Weg zu einem flächendeckenden freien Internetzugang in Wuppertal ein großer Schritt getan. Leider waren CDU und SPD noch nicht bereit, eine Entscheidung zu treffen, weshalb der Antrag erst im Fachausschuss behandelt wird und dann im Juni wieder auf die Tagesordnung des Rates kommt.

Teilnahme an der Kampagne Stadtradeln

Die GRÜNEN wollten, dass sich auch Wuppertal neben 300 anderen Städten an der Kampagne Stadtradeln betei-

ligt, und beantragten dies. Immerhin ist Wuppertal seit vielen Jahren Mitglied im Klimabündnis. SPD, CDU und FDP sprachen sich im Verkehrsausschuss gegen den Antrag aus, da sie sich gegängelt fühlten, weil im Antrag steht, dass auch Politiker*innen sich aktiv an der Kampagne beteiligen sollen. Schade, denn per Lippenbekenntnis wollen doch alle, dass Wuppertal Fahrradstadt wird.

Alternativstandort für Forensik zur Prüfung vorschlagen

Die Gespräche über die Ansiedelung einer Forensik auf der Fläche der Bergischen Diakonie Aprath sind leider gescheitert. Jetzt müssen Alternativen im Landgerichtsbezirk Wuppertal geprüft werden. SPD, CDU und FDP stellten einen Antrag, in dem sie unter anderem keine alternativen Flächen nennen, die Fläche der Bereitschaftspolizei auf Lichtscheid aber kategorisch ausschließen. Die GRÜNE Fraktion ist gegen solche unumstößlichen Vorfestlegungen. Da unserem Antrag auf Einzelabstimmung über die im Antrag gestellten Forderungen nicht entsprochen wurde, lehnten wir den kompletten Antrag ab.

Service des Einwohnermeldeamtes dezentralisieren

Seit der Entscheidung 2010, die Leistungen in den Bürgerbüros drastisch einzuschränken, werden die Schlangen im Einwohnermeldeamt am Steinweg nicht kürzer. Die GRÜNEN stellten also den Antrag, diese Einschränkungen zurückzunehmen. Die Zentralisierung hat sich nicht bewährt, sie hat zu einer deutlichen Verschlechterung für die Bürger*innen geführt. Leider verweigerten SPD und CDU die Zustimmung, der Antrag wurde abgelehnt.

BERGISCHE ZUSAMMENARBEIT

GRÜNE Fraktion im Bergischen Rat formiert sich

Zur engeren Zusammenarbeit der drei bergischen Städte Wuppertal, Solingen und Remscheid wurde im vergangenen Jahr von den drei Räten die Bergische Gesellschaft gegründet, die zukünftig die Struktur- und Wirtschaftsförderung in der Region stärker miteinander vernetzen und so für eine bessere Ausgangslage bei der Akquise von Fördermitteln der EU oder des Bundes sorgen soll. Diesem Bergischen Rat gehören insgesamt acht GRÜNE an, darunter fünf Mitglieder aus Wuppertal. Anlässlich der ersten Ratssitzung im April hat sich die GRÜNE Fraktion konstituiert.

Die Mitglieder wählten dabei die Remscheider Ratsfrau Beatrice Schlieper und den Wuppertaler Stadtverordneten Marc Schulz als Sprecher*innen. Manfred Krause, Ratscherr aus Solingen, wurde für die Position des stellvertretenden Vorsitzenden des Rates nominiert und anschließend auch vom Rat gewählt.

Da der Rat nach derzeitiger Vorstellung nur zweimal im Jahr tagen soll, stellen die GRÜNEN in der ersten Sitzung

des neuen Gremiums den Antrag, die Möglichkeit zur Bildung von Fachausschüssen zu schaffen, um die Arbeit besser strukturieren und die Vielfalt der Themen und Aufgabenfelder intensiver angehen zu können. In der nächsten Sitzung des Bergischen Rates wird darüber diskutiert.

Die GRÜNEN freuen sich auf die engere Zusammenarbeit der drei bergischen Städte im Bereich der Struktur- und Wirtschaftsförderung, dafür engagieren sich die drei Fraktionen im Städtedreieck schon seit Jahren. Unser Ziel ist es, zukünftig möglichst viele gemeinsame Projekte unter einem Dach zu vereinen. Mit dem Bergischen Rat sind wir diesem Ziel einen großen Schritt nähergekommen. Wir wollen ebenfalls dafür sorgen, dass der Gedanke der bergischen Zusammenarbeit zukünftig nicht nur auf der politischen Ebene, sondern auch in den Köpfen der Menschen in Remscheid, Solingen und Wuppertal stärker verankert wird, damit das Bergische nicht nur ein organisatorisches Konstrukt bleibt, sondern von allen in der Region gelebt wird. Wir freuen uns daher auf die Arbeit im Bergischen Rat.



Foto: Privat

MOBILE GLEICHBERECHTIGUNG

■ ÜBER FREIE BÜRGERDATENNETZE

Kaum eine Technologie hat unser Leben in den letzten beiden Jahrzehnten so schnell durchdrungen wie das Internet. Kaum ein Bereich unseres Alltags wird inzwischen vom Netz ausgespart.

Musik hört man unterwegs nicht mehr von CD oder über das Radio, sondern sie wird auf das Smartphone gestreamt. Onlinespiele im Freien mit GPS-Unterstützung werden immer populärer. Das alles macht Spaß, solange die Netzanbindung schnell genug ist. Leider schieben die Mobilfunkanbieter dem mit ihren Pseudo-Flatrates und „Inklusivvolumen“ schnell einen Riegel vor. Irgendwann erhalten wir eine Kurzmitteilung, die besagt, dass unser Netzzugang unnötig auf eine quasi unbrauchbare Geschwindigkeit gedrosselt wird.

Für eine exorbitante Geldsumme können sich manche dann aus dieser Beschränkung herauskaufen, die anderen schauen in die Röhre.

Um diesen Missstand zu beseitigen, arbeitet der Verein Freifunk Rheinland e.V. schon lange an einem WLAN-Netz, über das sich jeder frei ins Internet einwählen kann. Die dafür notwendigen Router stehen momentan in Restaurants, Geschäften und Privatwohnungen. Je dichter das Netz dieser Router ist, desto flächendeckender kann Freifunk angeboten werden.

Aus diesem Grund hat die GRÜNE Ratsfraktion den Antrag gestellt, dass die Stadt Wuppertal in städtischen Gebäuden geeignete Standorte mit Stromanschluss für die Router zur Verfügung stellen soll, um den Wir-

kungsgrad von Freifunk zu erhöhen. Ein uneingeschränkter, freier, mobiler Netzzugang ist die Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe an der digitalen Gemeinschaft.

Während ich dies schreibe, sitze ich mit meinem Laptop in der Pfingstsonne auf dem Balkon und bin über meinen eigenen FF-Router online. Ich könnte den Laptop jetzt einfach zuklappen, mich ins Eiscafé auf dem Kirchplatz setzen und über die dortigen Router weiterarbeiten.

So sieht die mobile Freiheit aus, lasst sie uns gemeinsam aufbauen!

Auf meiner Homepage www.ollital.de habe ich genauere Infos zusammengestellt.

Mit besten Grüßen
Olli Graf



Alle GRÜNEN Anfragen, Anträge, Pressemitteilungen, Stellungnahmen, im Rat gehaltenen Reden, Newsletter und älteren Ausgaben der Fraktionszeitung finden Sie in den Rubriken Aktuelles oder Presse unter www.gruene-wuppertal.de.

GRÜNE WOLLEN BÜRGERBÜROS WIEDER ÖFFNEN

■ EINWOHNERMELDEAMT ENTLASTEN

Im Jahr 2010 wurden mit den Stimmen von CDU und SPD die Leistungen der Bürgerbüros in den Stadtteilen drastisch eingeschränkt und zum Einwohnermeldeamt in Barmen verlagert.

Seit dieser Entscheidung sind die langen Wartezeiten am Steinweg ein Daueraufreger. Wartezeiten von bis zu sechs Stunden zerran an den Nerven der Bürger*innen, und auch zu Beginn dieses Jahres wurde die Beantragung eines Personalausweises, eines polizeilichen Führungszeugnisses oder ähnlicher Leistungen zur Geduldssprobe. Dabei kann man den städtischen Mitarbeiter*innen beileibe keinen Vorwurf machen. Auch sie leiden unter der von der Politik verursachten Misere und tun ihr Bestes, um das fehlende Personal auszugleichen.

Die Entscheidung zur Kürzung der Leistungen beim Bürgerservice war Bestandteil eines Haushaltssicherungskonzeptes, das pro Jahr Einsparungen in Höhe von 300.000 Euro einbringen sollte. Eine weitere Maßnahme in diesem Zusammenhang war die Streichung von zwei Dezernentenstellen mit einem Einsparpotenzial in Höhe von 600.000 Euro pro Jahr.

Und während die Kürzungen bei den Bürgerdiensten weiterhin gelten, hat die GroKo im Rat nach der Kommunalwahl den Wortbruch der SPD, die im Wahlkampf ursprünglich den Ausstieg aus der ungeliebten Koalition

mit der CDU versprochen hatte, nach der für sie erfolgreichen Wahl jedoch wieder zur Union zurückkehrte, mit einer zusätzlichen Dezernentenstelle belohnt. Der neue Dezernent für Beteiligungssteuerung (der auch für das Einwohnermeldeamt zuständig sein wird) kostet im Jahr stolze 300.000 Euro.

Die GRÜNE Forderung nach Wiedereröffnung der Bürgerbüros zur Entlastung des Einwohnermeldeamts am Steinweg wurde hingegen mit Verweis auf die finanzielle Situation der Stadt und fehlende Gelder abgelehnt. So setzt jede politische Mehrheit ihre eigenen Prioritäten. Während also die Bürger*innen, aber auch die Mitarbeiter*innen des Einwohnermeldeamts die mit der dramatischen Haushaltssituation begründeten Leistungseinschränkungen ausbaden müssen, sehen CDU und SPD für die Schaffung eigener, neuer Posten durchaus finanziellen Spielraum ...

Aus Sicht der GRÜNEN hat sich die Zentralisierung der Angebote beim Einwohnermeldeamt am Steinweg nicht bewährt. Sie geht zulasten der Bürger*innen und muss deshalb dringend zurückgenommen werden

grün[®]
Keiner wie wir.



Fahrrad selber kaufen
ABO
geschenkt

Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig per E-Mail erhalten möchten, bitte eine Mail an fraktion@gruene-wuppertal.de senden.